

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der AfD

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/9201 –

Kostenfreie Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung sofort umsetzen

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist noch immer nicht erreicht. Die AfD-Fraktion hat auf diesen Missstand bereits am 10. Mai 2019 in ihrem Antrag „Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in die Praxis umsetzen – für kostenfreie Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung“ (Drucksache 17/9198) hingewiesen. Dort finden sich Lösungsvorschläge, die unverzüglich auf Landesebene umgesetzt werden und die Betroffenen erheblich entlasten könnten.

Der CDU-Antrag „Berufliche Bildung gleichstellen – Gebühren für Meister-, Fachwirt-, Technikerausbildung streichen“ beinhaltet dagegen schwere inhaltliche Fehler. Eine „Übernahme der entsprechenden Weiterbildungskosten“ – wie im Antrag gefordert – ist nicht sinnvoll. Wenn Lehrgangs- oder Prüfungsgebühren übernommen würden, würde das bei der Berechnung des Aufstiegs-BAföG in Abzug gebracht. Den Vorteil hätten dann nicht die Antragsteller, sondern der Bund. Es bedarf also einer intelligenteren Herangehensweise.

Zwar liegt inzwischen ein Referentenentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vor, doch selbst bei Einhaltung der vorgesehenen Zeitschiene wird eine verbesserte Bundesregelung erst am 1. August 2020 in Kraft treten. Bis dahin muss die für die Antragsteller bestehende Lücke vom Land geschlossen werden. Aber auch mit Inkrafttreten der Neuregelung wird es voraussichtlich keine vollständige Kostenübernahme seitens des Bundes geben. Soll eine kostenfreie Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung sichergestellt werden, bleibt das Land daher anschließend in der Pflicht, den nicht gedeckten Kostenanteil zu übernehmen.

Es besteht unverzüglicher Handlungsbedarf. Wenn aufgrund einer falschen Prioritätensetzung noch mehr wertvolle Zeit verstreicht, werden fortschreitender Fachkräftemangel und damit einhergehende sinkende Steuereinnahmen wesentlich höhere Kosten verursachen als eine sofortige Umsetzung der kostenfreien Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung.

Schon jetzt sprechen die Fakten eine eindeutige Sprache. Während die Anzahl der Studenten an Hochschulen in Rheinland-Pfalz in den letzten 20 Jahren von 80 418 auf 123 801 stieg (Quelle: Statistisches Bundesamt), sank die Zahl der Auszubildenden in Rheinland-Pfalz von 80 269 (2000) auf 66 987 (2015), im Handwerk ist ein Rückgang von 30 439 (2000) auf 20 289 (2015) zu verzeichnen (Protokoll des Ausschusses für Bildung, 11. Mai 2017, S. 12).

Diese Zahlen sind alarmierend. Der Fachkräftemangel hat insbesondere im Handwerk besorgniserregende Züge angenommen. Die Ungleichbehandlung von beruflicher und akademischer Bildung muss daher dringend beendet werden. Julian Nida-Rümelin, Philosoph und früherer Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder, fasst die Fehlentwicklung – Überakademisierung auf der einen Seite, Gefährdung des dualen Systems auf der anderen Seite – so zusammen: „Psychologen konstatieren ein

Überforderungssyndrom von Studierenden an den Universitäten trotz Jahr für Jahr sinkender Leistungsanforderungen. Unterdessen warten Bundesbürger im Durchschnitt zehn Wochen auf einen Handwerker, weil die Handwerksbetriebe der Nachfrage nicht nachkommen können und vier von zehn Betrieben Schwierigkeiten haben, offene Stellen zu besetzen.“ (Tagesspiegel, 18. Juli 2018)

Um diesen Missstand zu beheben und um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung endlich zu verwirklichen, fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- den Aufstiegsbonus I als Erfolgsprämie von bisher 1000 Euro auf 4000 Euro zu erhöhen und zukünftig in dem Maße zu reduzieren, wie durch eine verbesserte Regelung im Bund eine Kostenfreiheit von Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung sichergestellt ist;
- mit einer Initiative im Bundesrat Druck auf die Bundesregierung auszuüben, die Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes („Aufstiegs-BAföG“) so auszugestalten, dass die Gebühren für erfolgreich abgelegte Meisterprüfungen und Aufstiegsfortbildungen möglichst vollständig übernommen werden.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger